

Zukunftsforum Naturschutz

EU-Agrarreform-Was blüht uns da?

Samstag, 16. November 2019

9:30-17:00 Uhr

Hospitalhof Stuttgart

Zukunftsforum Naturschutz 2019

EU-Agrarreform – was blüht uns da?

Wie sich die Agrarpolitik auf Natur
und Landwirtschaft auswirkt



Kurzfassung der Beiträge

Im Leben: Echte Bauern – Kabarett und Musik

Bure zum Alange! Nikolaus König und Wolfgang Winterhalder

Was ist die GAP und welche Rolle spielt sie für Landwirtschaft und Naturschutz?

Dr. Konrad Rühl

Die Landwirtschaft im Spannungsfeld – Welche Lösung bietet die GAP?

Horst Wenk

Die Sicht eines Landwirts: Was kommt „unten“ an?

Wolfram Wiggert

Partner oder Gegner? Lassen sich Landwirtschaft und Biodiversität noch vereinbaren?

Prof. Dr. Rainer Luick

Trinkwasser in Gefahr? Wie wirkt die Landwirtschaft aus das Grundwasser?

Prof. Dr. Frieder Haakh

Kulturlandschaft Baden-Württemberg 2030 – Das Konzept der Umweltverbände

Dr. Rainer Oppermann

Gemeinsam Gutes schaffen – neue Ansätze in der Landbewirtschaftung

Roland Waldi

Podiumsgespräch

mit Norbert Lins MdEP, EVP/CDU, Marin Hahn MdL, Bündnis90/Die Grünen, Dr. Gerhard Bronner (LNV)

Einführung: Pfarrerin Monika Renninger, Hospitalhof Stuttgart

Tagungsleitung: LNV-Vorsitzender Dr. Gerhard Bronner, Karl Giebeler (Moderator)

Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V. / www.lnv-bw.de / 0711 - 24895520

Bure zum Alange! Kabarett & Musik

Nikolaus König und Wolfgang Winterhaler

Kabarett & Musik

Bure zum Alange! [Bau|ern zum an|fas|sen]

Kontakt | Impressum | Datenschutzerklärung

- Startseite
- Programm
- Termine
- Presse
- Referenzen
- Angebote
- Download
- Gedanken...



- Startseite
- Unsere Höfe
- Kirnerhof
- Bartleshof
- Porträts
- YouTube
- Facebook
- Kontakt

**Auf der Bühne:
Kabarettisten mit Musik**

**Im Leben:
Echte Bauern**

Wolfgang Winterhalder, Land- und Forstwirt

Seit meinem 6. Lebensjahr bin ich in der Landwirtschaft tätig. Ich betreibe den Hof zusammen mit meinen Eltern. Momentan widmen wir uns verstärkt der Pferdehaltung und dem Aufbau einer Ziegenmilchproduktion. Auf unserem Hof bieten wir Reitkurse für Kinder und Führungen durch und um unsere Landwirtschaft an. Besonders beliebt ist auch die regelmäßige Betreuung von Kindern nach erlebnis- und naturpädagogischen Konzepten.

Ich nehme mir Zeit für meine Kinder, reiten, Motorrad fahren, lesen und reisen. Und für mein Akkordeon.

Erfahrung sammelte ich bei einem Praktikum in Schweden, auf einer Alp in der Schweiz, auf einem Biohof und bei meinen zahlreichen Reisen.

Nikolaus König, Landwirtschaftsmeister

Neben der Milchwirtschaft betreibe ich ein Sägewerk, in dem ich die heimischen Tannen zu Balken und Brettern verarbeite. Ich betreue zusammen mit meiner Frau und meinen Eltern unsere Gäste auf dem Bauernhof.

Ich nehme mir Zeit für meine Familie, Sport und für meine Heimat den Schwarzwald. Außerdem spiele ich Theater und Gitarre.

Erfahrung sammelte ich als Zivi im Krankenhaus, als Landjugendvorstand und beim internationalen Praktikantentausch mit anderen Landwirten.

Was ist die GAP und welche Rolle spielt sie für Landwirtschaft und Naturschutz?

Dr. Konrad Rühl

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Die Gemeinsame Agrarpolitik, kurz GAP genannt, stellt einen der am meisten vergemeinschafteten und einen der ältesten Politikbereiche der Europäischen Union dar.

In den Anfängen der GAP, in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg, ging es hauptsächlich um die Sicherstellung der Ernährung der europäischen Bevölkerung durch Modernisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Ebenso sollte die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung an der allgemeinen Entwicklung des Wohlstands der Gesellschaft teilhaben. In den folgenden Jahrzehnten wurden mit mehreren Agrarreformen weitere Aspekte wie die Sicherheit der Lebensmittel, die Entwicklung des Ländlichen Raumes, der Tierschutz und der Schutz der Agrarumwelt sowie des Klimas in die GAP aufgenommen.

Aktuell wird auf der EU-Ebene eine neue Agrarreform diskutiert. Die EU-Kommission hat im Jahr 2018 ihre Vorschläge für die entsprechenden Verordnungen vorgelegt mit denen die beiden Säulen der Agrarpolitik (1. Säule: Direktzahlungen; 2. Säule Entwicklung des Ländlichen Raumes) neu gestaltet werden sollen.

Diese Vorschläge sehen für den Agrarumwelt- und Klimaschutz eine grüne Architektur vor, die aus vielerlei Maßnahmen und Regelungen besteht. Darunter fällt der grundlegende Basisschutz (die sogenannte Konditionalität), der eingehalten werden muss, wenn Direktzahlungen empfangen werden, sowie freiwillige Maßnahmen zum Schutz von Agrarumwelt und Klima (sowohl in 1. als auch der 2. Säule). Diese Maßnahmen sollen durch Wissenstransfer, Innovation, Forschung, Schulung und Beratung begleitet werden.

Dr. Konrad Rühl

Dr. Konrad Rühl ist 58 Jahre alt, stammt aus Mühlhausen im Rhein-Neckar-Kreis und ist mit der Landwirtschaft von Jugend auf bestens vertraut. Nach Abitur und Wehrdienst hat er an der Universität Hohenheim Allgemeine Agrarwissenschaften studiert und im Jahr 1990 promoviert. In der Landwirtschaftsverwaltung war Dr. Rühl zunächst in Heilbronn und Weinsberg tätig und wechselte 1995 in das MLR zum damaligen Weinbaureferat. Weitere berufliche Stationen waren Tätigkeiten im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Jahr 1997 sowie die Leitung des Staatlichen Weinbauinstituts in Freiburg von 1999 bis 2004. Seit 2004 ist Dr. Rühl Leiter des Referates Garten-, Obst- und Weinbau im MLR und seit 2013 auch stellvertretender Abteilungsleiter Landwirtschaft.

Herr Dr. Rühl trat zum 11. September 2019 die Nachfolge des in den Ruhestand verabschiedeten Joachim Hauck als Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an.

Die Landwirtschaft im Spannungsfeld ***- Welche Lösung bietet die GAP?***

Horst Wenk

Landesbauernverband Baden-Württemberg

Es gibt kaum einen Wirtschaftsbereich, der sich mit so vielen, sich gegenseitig widersprechenden gesellschaftlichen Wünschen, Anforderungen und Interessen auseinandersetzen muss, wie die Landwirtschaft. Durch Wohnen, Verkehr und sonstige Infrastrukturmaßnahmen gingen in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre mehr als 1 Mio. ha Fläche unwiederbringlich verloren. Die Handelspolitik wird immer liberaler, was zum einem zu immer härterem Wettbewerb führt, andererseits sind die Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedlich hohe Standards enorm. Des Weiteren fordert die Gesellschaft immer höhere Natur-, Umwelt- und Tierschutzaufgaben, was sich letztendlich in steigenden Produktionskosten niederschlägt und last not least widerspricht der Verbraucher in weiten Teilen mit seinem Kaufverhalten eben diesen Forderungen.

Die Landwirte fühlen sich von Politik und Gesellschaft immer weniger wertgeschätzt. Zu vielfältig und eindimensional sind die Schuldzuweisungen. Die Landwirte haben zu Recht den Eindruck, dass egal wie weit sie auf die gesellschaftlichen Anliegen eingehen, es nie genug ist und jeder Erfüllung einer gesellschaftlichen Forderung werden sofort neue Forderungen hinterhergeschoben.

Jedoch kann die Lösung für mehr Biodiversität und Tierwohl nur in einer nachhaltigen Landwirtschaft liegen. Keines der grundsätzlichen Ziele der GAP nach 2020 wird vom Berufsstand in Frage gestellt. Allerdings muss realisiert werden, dass die Ziele in weiten Teilen miteinander konkurrieren: Wie will man bspw. die Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft erhöhen, wenn durch gleichzeitig höhere Auflagen die Produktionskosten enorm steigen?

Eine nachhaltige Produktion mit noch höheren Standards im Umwelt-, Natur- und Tierschutzbereich, kann nur von Betrieben umgesetzt werden, die eine entsprechende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit haben. Je mehr wir aber Nahrungsmittel importieren müssen, weil hierzulande Betriebe aufgeben, umso weniger haben wir die Kontrolle darüber, wie diese Nahrungsmittel produziert werden.

Es ist jedoch offensichtlich, dass die Gesellschaft Änderungen will. Die Landwirtinnen und Landwirte wollen und können sich dem nicht entziehen. Sie erwarten aber zu Recht einen fairen Umgang, der ihre realen Probleme ernst nimmt. Die Frage ist also nicht, ob alles so bleiben kann wie es ist, sondern die Frage lautet, wie die Wünsche der Gesellschaft so ausgestaltet und honoriert werden können, dass die heimischen Betriebe auch eine Zukunftsperspektive haben.

Wenn die Politik und die Gesellschaft es ernst meinen, dann sind sie den Landwirten darauf eine Antwort schuldig. Die GAP kann allenfalls einen Teil zur Lösung beitragen. Einen nicht unerheblichen Teil muss die Politik durch das Setzen entsprechender Rahmenbedingungen jenseits der GAP beisteuern. Ebenso ist der Verbraucher gefordert mit seinem Kaufverhalten, aber auch der Landwirt mit seinem Knowhow konstruktiv zur Lösung der Probleme beizutragen.

Wir brauchen einen neuen aktiven Dialog. Die Devise muss also lauten: Kooperation statt Konfrontation. Aber ein Dialog kann nicht so aussehen, dass alle anderen sagen, was sie wollen und wie sie sich eine nachhaltige Landwirtschaft vorstellen, Dinge fordern, die sie überhaupt nicht betreffen und sich dann nicht darum kümmern, wie die Bauernfamilien mit diesen Anforderungen zurechtkommen. Was wir letztendlich brauchen sind klare Vorgaben der Politik, welche Bedingungen für die nächsten 20-25 Jahre gelten sollen und wie die Betriebe dies bewältigen können.

Die heimische Landwirtschaft kann jede von der Gesellschaft gewünschte Leistung erbringen. Nur müssen diese Leistungen nachgefragt und angemessen bezahlt werden.

Horst Wenk

- Jahrgang 1960
- 1980-1987 Studium der Agrarwissenschaften an der Universität Hohenheim, (Abschluss als Dipl. Ing. agr.)
- Seit 1987 Referent für Agrarpolitik und Agrarstruktur beim Landesbauernverband in Baden-Württemberg e. V.
- Seit 1999 stv. Hauptgeschäftsführer des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg e. V.

Die Sicht eines Landwirts: Was kommt „unten“ an?

*Wolfram Wiggert
Haslachhof, Löffingen*

Erfahrungen mit Kontrollen und Sanktionen

Auflagenflut
Kosten-Nutzen von Kontrollen aus Sicht des Landwirts oft fraglich

Gefrustete Landwirte im Umgang mit Naturschutz

Notwendigkeit von flexibleren und experimentierfreudigen Ansätzen
Gemeinsames Entwickeln von Flächen

Auswirkungen des Greening

Beispiel Leguminosen, Blümmischungen und Zwischenfrüchte

Ansätze zur Weiterentwicklung der GAP

Vereinfachung der Bürokratie
Innovationen zulassen
Mehr Personal in Beratung weniger in der Kontrolle
Honorierung von Umweltdienstleistungen
Humus als Indikator für nachhaltige Bewirtschaftung

Projekte des Haslachhofs:

Blühpatenschaft: „Blühende Felder“
Regionale CO₂-Zertifikate durch Humusaufbau: „CO₂ wird Humus“

Haslachhof:

Gründung 1973, Seit 2003 ökologisch bewirtschaftet (Bioland), 300 ha Ackerbau, 100 ha Grünland (30 ha FFH- und Naturschutzflächen), Fruchtfolge: drei jähriges Luzerne-Klee-Gras, Dinkel, Hafer, Einkorn, Grünroggen-Silomais, Getreide-Leguminosen-Gemenge als GPS, Mutterkuhhaltung: mit 35 Hinterwälder Kühen, 100% Direktvermarktung, Biogasanlage: 500 kW durchschnittliche Leistung 2.600 kW installiert, flexible Fahrweise vollständige Wärmeverwertung im Löffinger Nahwärmenetz
Mitarbeiter: Familie, zwei Vollzeitmitarbeiter und mehrere Teilzeit Beschäftigt

Wolfram Wiggert

41 Jahre verheiratet, zwei Kinder, Haslachhof Löffingen, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald, 2003 Gründung Mutterkuh GbR mit Bruder, 2003- 2007 Studium Agrarwirtschaft Fachhochschule Nürtingen, 2008 Vollzeit auf dem Haslachhof, 2012 Betriebsübergabe

Aktuell: Wolfram Wiggert vom Haslachhof wurde bei der Preisverleihung des Ceres-Awards in Berlin diesen Oktober zum „Energiewirtschaftler 2019“ gekürt

Partner oder Gegner? Lassen sich Landwirtschaft und Biodiversität noch vereinbaren?

Prof. Dr. Rainer Luick

Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg

Mehr oder weniger alle 7 Jahre gibt es ein Déjà-vu, wenn zahllose (politische) Akteure und Lobbyisten (inklusive NGOs) versuchen, einen neuen politischen Rahmen für die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) zu entwickeln – ein Prozess, der sich vor einem konkreten Starttermin schon über Jahre hingezogen hat. Das ist immer auch Anlass zu einer Standortbestimmung: Was war zu diversen Themenbereichen (auf EU-Ebene, in Deutschland, in Baden-Württemberg) für die Programmperiode versprochen, was wurde erreicht, was ist gründlich schief gelaufen und nicht zuletzt, wie soll es weitergehen?

Es steht nicht gut um die biologische Vielfalt in unseren Kulturlandschaften und damit um einen Großteil dessen, was wir als schützenswerte Natur bezeichnen. Aktuell sind in der Landschaft viele grüne Kreuze wahrzunehmen. Ich weiß um deren eigentliche Deutung; in meiner Interpretation sind es allerdings plakativ Mahnmale für zahlreiche negative Entwicklungen in unserer Umwelt und für eine ökologische Situation, die schon als Massensterben unserer heimischen Biodiversität bezeichnet wird. Indikatoren zur Bewertung von Umweltwirkungen der GAP, wie der sogenannte HNV Indikator (= High Nature Value Farmland Indicator), belegen dies evident. In Baden-Württemberg gehen von weniger als 1% aller Ackerflächen noch biotisch positive Effekte aus, beim Grünland sind es gerade noch 5%. Besorgniserregend ist, dass alle Indikatoren und Trends zur Darstellung der biologischen Vielfalt seit vielen Jahren kontinuierliche Verschlechterungen abbilden. Das ist selbst in Schutzgebieten der Fall, die von einer landwirtschaftlichen Nutzung / Pflege abhängig sind.

Es ist nach dieser Zustandsbeschreibung scheinbar einfach, die Schuldzuordnung vorzunehmen; es liegt an der Landwirtschaft und der zugehörigen Politik. Doch ist es nicht auch ein Spiegelbild unseres kollektiven Verhaltens? Noch nie waren in Deutschland Lebensmittel so billig wie aktuell: Im Durchschnitt geben wir lediglich noch ca. 10% unseres verfügbaren Einkommens für unsere Ernährung aus, wesentlich mehr dagegen schon für Kommunikation und Medien. Und noch nie ernährte sich eine deutsche Bevölkerung in ihrer Geschichte so falsch und krankmachend: 75% der Männer und 60% der Frauen sind mit Ende des Berufslebens - also mit rund 65 Jahren - übergewichtig, fast 25% der Gesamtbevölkerung sind über alle Alters- und Geschlechtsverteilungen adipös, d. h. extrem und krankhaft übergewichtig.

Zurück zur Agrarpolitik: 60 Milliarden € jährlich gibt allein die EU als Subventionen in den Agrarbereich, hinzukommen weitere erhebliche Mittel aus nationalen und föderalen Töpfen. Korrelationen mit dem Zustand der biologischen Vielfalt in unseren Kulturlandschaften sind statthaft. Dazu stellen sich berechnete Fragen: Ist es das Geld an sich, das negative Effekte auslöst? Sind zu geringe Finanzmittel für wirksame Förderprogramme verfügbar, sind die Maßnahmen richtig gewählt oder werden diese für falsche und nicht erreichbare Zielsetzungen / Programme ausgegeben? Fehlt es an Beratung, Kommunikation und ganz allgemein an Verständnis und Bewusstsein? Und ist die Situation und die geringen Erfolge von Maßnahmen auch den kaum noch vermittelbaren und Praxis-untauglichen agrarpolitischen Rahmenbedingungen geschuldet? Was sich derzeit aus den Entwürfen für einen neuen agrarpolitischen Rahmen der EU für den Zeitraum bis 2017 destillieren lässt, sind neue komplizierte bürokratische Konstrukte, die Schlimmes ahnen lassen. Klarheit gibt es bislang nur zu einem

Aspekt: Es wird schmerzhaft weniger Finanzmittel geben und die Planungen sehen vor, dass es wohl die sogenannte ökologisch gute 2. Säule der GAP besonders hart treffen wird.

Mein persönliches Resümee zum Zustand der biologischen Vielfalt in unseren Kulturlandschaften und zur weiteren Entwicklung ist pessimistisch – auch im Rückblick auf 30 Jahre Engagement für Politikgestaltung für eine nachhaltig genutzte Umwelt. Was mich dennoch weiterhin motiviert, im Diskurs zu bleiben (wissenschaftliche Erkenntnisse beizutragen und an der Entwicklung zukunftsfähiger politischer Konzepte mitzuwirken), ist eine steigende Anzahl von Akteuren, von neuen Bauern und neuen Konsumenten, die gleichsam die Agrarpolitik und die vorherrschenden Wirtschaftssysteme außer Kraft setzen, soweit es ihnen möglich ist. Sie verdienen es, unterstützt zu werden.

Prof. Dr. Rainer Luick

Studium der Biologie und Ethnologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (Dipl.-Biol. / Magister) und Studium Evolutionary Biology an der University of Michigan / Ann Arbor / USA (M.Sc.), 1977-1984, Promotion Universität Hohenheim (Dr. sc.agr.), 1994, langjährige Tätigkeit in der privaten Wasserwirtschaft und Landschaftsplanungspraxis, seit 1999 Professur für Naturschutz und Landschaftsmanagement an der Hochschule Rottenburg. Forschungsinteressen: Prozesse im ländlichen Raum, Agrar- Naturschutz- und Regionalpolitik, Extensive Landnutzungssysteme, Technikfolgenabschätzungen zur Energiewende und Engagement zum Schutz der letzten europäischen Urwälder. Zahlreiche Mitgliedschaften in Gremien auf nationaler und internationaler Ebene zu Landnutzungs- und Biodiversitätsaspekten.

Trinkwasser in Gefahr?

Wie wirkt die Landwirtschaft auf das Grundwasser?

Prof. Dr. Frieder Haakh

Zweckverband Landeswasserversorgung

In Baden-Württemberg werden 72,3% des Trinkwassers aus Grund- und Quellwasser gewonnen, 22,2% kommen aus dem Bodensee und der Talsperre Kleine Kinzig und 5,5% sind aufwändig aufbereitetes Donauwasser. Belastungen aus der Landwirtschaft auf die Rohwasserqualität sind nach wie vor flächendeckend zu hohe Stickstoffeinträge aus der Düngung. Hinzu kommen Pestizideinträge, die in Hot-spot-Bereichen mit Überschreitungen der Gesundheitlichen Orientierungswerte (GOW) und der Grenzwerte Probleme bereiten. Die Emissionsseite stellt sich wie folgt dar:

Obwohl die Düngeverordnung einen maximalen Stickstoffüberschuss (nach Feld-Stall-Bilanz) von 50 kg N pro Hektar und Jahr vorschreibt, wurde von der Landesanstalt für Umwelt ein landesweiter Durchschnittswert von 73 kgN/ha ermittelt, der Nitratbericht 2016 weist im Mittel von 2010-2014 68,6 kg N/ha aus. Der EUGH, der Deutschland am 21.06.2018 wegen Nichtumsetzung der EU-Nitrat-Richtlinie verurteilt hat, sieht erst bei null kg Stickstoffüberschuss die Nitratrichtlinie erfüllt. Diese schreibt ein Gleichgewicht von voraussichtlichem Pflanzenbedarf und Düngung vor.

Bei den Pflanzenschutzmitteln (PSM) ist zunächst zu bemängeln, dass das MLRV über keine belastbare Statistik zu den Aufwandmengen verfügt und sich einer Erhebung und Herausgabe gemäß der europäischen PSM-Zulassungsverordnung (VO EG 1107/2009) verweigert. Im NABU-Pestizidbericht wurde eine Jahresmenge von 2300 Tonnen an PSM für Baden-Württemberg ermittelt, die flächenproportionale Umrechnung aus auf Bundesebene verfügbaren Zahlen ergibt ca. 2.900 t/a.

Auf der Immissionsseite ist besorgniserregend, dass in bereits über 60% aller Wasserschutzgebiete Pestizidrückstände (Wirkstoffe und Metaboliten) nachweisbar sind. An 5,1% der Messstellen in Wasserschutzgebieten kommt es zu GOW- und Grenzwertüberschreitungen. Diese werden durch wenige Problemwirkstoffe verursacht. Allerdings zeigt sich auch, dass einige Wasserschutzgebiete aufgrund der hydrogeologischen Situation, z.B. bei geringer Deckschichtenmächtigkeit für den Pestizideinsatz nicht geeignet sind und als sensible Gebiete besonders geschützt werden sollten.

Landesweit sinkt trotz Überschreitung der Emissionsgrenzwerte die Nitratbelastung, dennoch ist es besorgniserregend, dass im Abstrom von landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen („Emittentenmessnetz Landwirtschaft“) der Grenzwert (50 mg/L) an jeder 5. Messstelle und der Warnwert (37,5 mg/L) schon an jeder dritten Messstelle gerissen wird. Die Situation in SchALVO-Problemgebieten stellt sich trotz erheblicher Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft nicht besser dar, als im Emittentenmessnetz Landwirtschaft, in SchALVO-Sanierungsgebieten liegen die Nitratbelastungen des Grundwassers sogar deutlich darüber.

Aus Sicht der Wasserversorgungsunternehmen müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden, um eine grundwasserverträgliche Landwirtschaft zu etablieren:

1. **Transparenz bei den Stickstoff- und Pestizid-Emissionsdaten** durch eine landesweite Nitrat- und Pestizid-Datenbank
2. **Förderung der ökologische Landwirtschaft, insbesondere in Wasserschutzgebieten**, um die Probleme bei Nitrat und Pestiziden im Grundwasser strukturell, dauerhaft und unter Nutzung von Synergieeffekten bei Biodiversität, Natur- und Wasserschutz auch wirtschaftlich zu beheben.
3. **Durchsetzen des landwirtschaftlichen Fachrechts** durch Kontrolle, insbesondere bei den Stickstoffüberschüssen und der Düngeverordnung sowie Trennung von Beratung und Kontrolle.
4. **Vertrauen schaffen durch Transparenz** und messbare ökologische Erfolge in der landwirtschaftlichen Produktion durch **Förderung messbarer Agrar-Umwelleistungen**.

Prof. Dr.-Ing. Frieder Haakh

Geboren am 31. März 1964 in Tübingen, verheiratet, 1 Tochter; 1983 - 1984: Studium Bauingenieurwesen, Universität Stuttgart, 1984 - 1985: Zivildienst, 1985 – 1989: Bauingenieurstudium an der Universität Stuttgart, Berufsweg: September 1989 – Juni 1993: wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wasserbau der Universität Stuttgart, Mai 1993: Promotion zum Dr. Ingenieur Dissertationsthema: „Transientes Strömungsverhalten in Wirbelkammerdioden“,

Ab Juli 1993: Zweckverband Landeswasserversorgung, Abteilung Wasserwirtschaft, August 1993 – Mitte 1998: Leiter der Abteilung „Wasserwirtschaft“, März 1995: Wahl zum stellvertretenden technischen Geschäftsführer, April 1996 – August 2000: Aufbau und Leitung der Abteilung „Zentrale technische Dienste“ seit 1.9.2000: Technischer Geschäftsführer beim Zweckverband Landeswasserversorgung; 3. Amtszeit seit 1.9.2016, 23.9.2010:

Bestellung zum Honorarprofessor an der Universität Stuttgart (Vorlesungsmodul: „Grundwassererschließung, Grundwasserschutz, Grundwassermanagement“) Verbandstätigkeiten: seit 2001: stv. Vorsitzender der Grundwasserdatenbank, Wasserversorgung Baden-Württemberg, seit Mai 2001: Mitglied des Vorstandes der DVGW-Landesgruppe Baden-Württemberg, Mitglied des DVGW-Forschungsbeirates, seit Juni 2006: Vorsitzender des Beirates „Fortbildung des Personals in der Wasserversorgung Baden-Württemberg“, 23.09.2010: Honorarprofessor an der Universität Stuttgart (Vorlesungsmodul: „Grundwassererschließung, Grundwasserschutz und Grundwassermanagement für die Wasserversorgung“), Mai 2011: Vorsitzender/Mitglied des Beirates für den „Runden Tisch“ zur Zusammenarbeit der Verbände der Wasserwirtschaft und den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, seit Juli 2011: Mitglied im Präsidium des DVGW, seit 2012: stellvertretender Landesgruppenvorsitzender des DVGW in Baden-Württemberg, Obmann des DVGW-Lenkungskomitees 1 „Wasserwirtschaft / Wassergüte“, Mitgliedschaften: DVGW, DWA, VDI

Kulturlandschaft Baden-Württemberg 2030

- Das Konzept der Umweltverbände

Dr. Rainer Oppermann

Institut für Agrarökologie und Biodiversität

In den letzten Jahrzehnten und Jahren haben sich zahlreiche Probleme im Natur- und Umweltschutz in der Agrarlandschaft verschärft. Dies betrifft z.B. die Intensivierung der Bewirtschaftung von Grünland, einen anhaltend hohen Pflanzenschutz- und Düngemittleinsatz im Ackerland sowie den Verlust an biologischer Vielfalt in der Agrarlandschaft. Dadurch sind viele Vogel- und andere Tierarten sowie Pflanzenarten weiter im Rückgang begriffen.

In einer Studie für die Verbände NABU, BUND, LNV, die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau, die Bodensee-Stiftung Landesjagdverband, Landesschafzuchtverband, der Landesverband für Obstbau, Garten und Landschaft, Naturfreunde und Schwäbischer Albverein hat ein Autorenteam für Baden-Württemberg untersucht, wie diese negative Situation umgedreht werden kann, konkret, wie die Rahmen- und Förderbedingungen so gestaltet werden können, dass Landbewirtschafteter weitaus stärker für die Erhaltung und Förderung der typischen und der bedrohten Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume tätig werden können und so eine lebendige Kulturlandschaft erhalten und weiterentwickeln. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen Förderprogramme für die Landwirtschaft grundsätzlich geeignet sind, die Biodiversität zu stützen, es aber dringenden Weiterentwicklungsbedarf gibt. Für verschiedene Handlungsfelder wie Ackerland, Grünland sowie Obst- und Weinbau wurden der Ist-Zustand, die derzeitige Förderkulisse sowie notwendige Maßnahmen und der dazu erforderliche Förderbedarf untersucht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden in einem breiten Konsultationsverfahren mit unterschiedlichen Verbänden und Fachleuten aus Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege erörtert.

Das so insgesamt im Dialog mit verschiedenen Akteuren erarbeitete Konzept der Umweltverbände zeigt auf, in welchen Bereichen die derzeitigen Fördermaßnahmen aus- oder umgebaut werden müssen, was neu eingerichtet werden sollte und wieviel Finanzbedarf für das Gesamtkonzept zu veranschlagen ist. Für dieses umfassende Konzept der Verbände wird ein zusätzlicher Bedarf von 225 Mio € pro Jahr veranschlagt. Dieses im Oktober 2019 veröffentlichte Konzept der Verbände (Download unter https://badenwuerttemberg.nabu.de/imperia/md/nabu/images/regional/bw/publikationen/studie_kulturlandschaft_2030.pdf) wird vorgestellt und bildet die Grundlage für Erörterungen im Rahmen der Weiterentwicklung der Agrar- und Umweltpolitik des Landes Baden-Württemberg.

Dr. Rainer Oppermann

Rainer Oppermann ist seit 2004 Leiter des Instituts für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB) in Mannheim. Er ist in Reutlingen aufgewachsen und hat an der Fakultät für Landwirtschaft und Gartenbau der TU München-Weihenstephan studiert. Nach dem Abschluss als Dipl.-Ing. Landespflege (TU) im Jahr 1986 hat er an der Fakultät für Biologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br promoviert.

Es folgten verschiedene berufliche Stationen in Radolfzell, Freiburg und Singen und seit 2004 ist Rainer Oppermann Institutsleiter des Instituts für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB) in Mannheim. Seine Schlüsselqualifikationen sind fundierte Kenntnisse der Vegetation und mehrerer Tiergruppen, landwirtschaftliche Fachkenntnisse und Praxiserfahrungen, sowie intensive Erfahrungen mit Agrarumweltprogrammen und Ländlicher Entwicklung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Er ist anerkannter Agrarumwelt-Experte auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

IFAB

Das **Institut für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB)** befasst sich mit Themen und Projekten an der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Ökologie. Die Arbeit reicht von konkreten agrarökologischen Untersuchungen (Agrarökologie, Tierökologie, Vegetationskunde, Landtechnik etc.) bis hin zu Projekten im Bereich Evaluierung und Weiterentwicklung von Agrarpolitik und Agrarumweltprogrammen. Dabei arbeiten wir in Forschungs-, Umsetzungs-, Evaluierungs- und Öffentlichkeitsarbeit-Projekten auf EU-, Bundes- und Länderebene. Zielsetzung des IFAB ist es, durch innovative Forschung, durch Beratung, Kommunikation und durch gelingende Umsetzungsprojekte die Belange der Nachhaltigkeit in der Agrarlandschaft zu stärken. Es bestehen zahlreiche Kooperationsprojekte mit universitären und außeruniversitären Instituten sowie mit Bauern- und mit Naturschutzverbänden.

Gemeinsam Gutes schaffen **- *Neue Ansätze in der Landwirtschaft***

Roland Waldi

Vorsitzender Marktgemeinschaft KraichgauKorn w.V.

Die Marktgemeinschaft KraichgauKorn in einigen Zahlen

- Leitsatz: Gemeinsam Gutes Schaffen
- Viele Verbraucher
- 50 Bauern und 45 Bäcker, ca. 100 Verkaufsstellen, Online Shop
- 1500 ha Artenvielfalt und Biodiversität in Weizen, Roggen, Dinkel, Grünkern, Einkorn und Emmer Feldern
- Brotgetreide wird ohne chemischen Pflanzenschutz angebaut
- QZBW und VOLG zertifiziert
- 3 Mühlen
- Eigenes Kontrollsystem durch Unabhängigen vereidigten Sachverständiger
- Eigene Versuchsfelder

Roland Waldi

- Landwirtschaftsmeister;
- Bewirtschaftete mit seiner Familie, Partnerin Heidemarie, Sohn Paul(in Ausbildung zum Landwirt) einen 50 ha Betrieb Ackerbau und Grünland (Mutterkuhhaltung, Direktvermarktung).
- Dazu ein Lohnunternehmen mit Arbeiten rund um die Landwirtschaft
- Seit 27 Jahren Mitglied der Marktgemeinschaft KraichgauKorn, 25 Jahre im Vorstand, seit 11 Jahren Vorsitzender

Was haben Landwirtschaft und Naturschutz von der Politik zu erwarten?

Podiumsgespräch-Diskussion mit

- Norbert Lins MdEP, EVP/CDU
- Martin Hahn MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Dr. Gerhard Bronner, LNV

Martin Hahn, MdL

Geboren am 13. Oktober 1963 in Stockach (Baden), Familie vier Töchter, Demeter Hof mit Milchviehhaltung, Anbau von Gemüse und Streuobst.

Politischer Werdegang ab 1989: 1989 – 91 Mitglied des Landesvorstands der Grünen in Baden-Württemberg, 1991 – 93 Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft Grüne, 1994 Bundestagskandidatur im Wahlkreis 67 – Friedrichshafen-Ravensburg-Bodensee, Seit 2004, Mitglied Kreistag Bodensee, 2006 Landtagskandidatur im Wahlkreis 67 Bodensee, Seit 2009 Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne im Kreistag Bodensee, Seit April 2011 Mitglied des Landtags von Baden Württemberg, Wahlkreis 67 Bodensee, Seit Nov 2012, Seit Mai 2016 Vorstandsmitglied im Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Bodenseekreis, Vorsitzender im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Beruflicher Werdegang, 1970 – 80 Schulbesuch in Stockach mit Abschluss Mittlere Reife, 1980 – 86, Seit 1986

Landwirtschaftliche Ausbildung bis zum Landwirtschaftsmeister, Selbstständiger Landwirt, 1992 – 93 Gründung Bauerngemeinschaft Bodensee, 1994 Gründung Bio-Milch vom Bodensee, Seit 1998 Mitprofilierung der regionalen Biomarke "Von Hier", Obst und Gemüse, 2003 – 05 Mitgründung des biologisch-dynamischen Bündnis Bodensee, 2005, 2012 Bau des Regionalschlachthofs Überlingen, Abgabe des landwirtschaftlichen Betriebs an Nachfolge

Norbert Lins, MdEP

- Geboren am 22. Dezember 1977 in Ravensburg, aufgewachsen auf einem kleinen Milchviehbetrieb in Horgenzell-Danketsweiler, verheiratet, 4 Kinder
- Oberregierungsrat a.D. im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes BW
- seit 1998 Mitglied des CDU-Kreisvorstandes im Kreis Ravensburg, ab 2011 stv. Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, ab 2013 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Baden-Württemberg

Seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments

2014-2019:

- Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Stv. Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- Mitglied und Co-Berichterstatter im Sonderausschuss für Pflanzenschutzmittelgenehmigungsverfahren
- Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Island und im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum

seit 2019:

- Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Stv. Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Island und im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum